

Niederschrift über die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.04.2026, 18:19 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	Bürgermeisterin	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Herr Henning Jaske	CDU	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Alexander Ruthmann	CDU	Vertretung für Herrn Dennis Bachmann
Frau Frieda-Marie Schmitz	SPD	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	Vertretung für Herrn Ralf Nielsen
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Holger Weiling	CDU	
beratende Mitglieder		
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	Anwesend bis 19:56 Uhr
Verwaltung		
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Herr Michael Vogt	Fachbereichsleiter 50	
Frau Marie Tebbel	Fachbereich 10	

Schriftführung: Marie Tebbel

Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg eröffnet um 18:19 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:22 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Umsetzung des Parkhauses Münsterstraße - Finanzierung
Vorlage: 124/2026
- 3 Anregung nach § 24 GO NRW - Transparenz bei Beschlüssen in Rats- und Ausschusssitzungen
Vorlage: 083/2026
- 4 Anregung gem. § 24 GO NRW auf Benennung einer Straße nach Wilhelmine Süßkind
Vorlage: 117/2026
- 5 Antrag nach §24 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit §6 der Hauptsatzung: Neuausrichtung der Parkraumbewirtschaftung in der Coesfelder Innenstadt
Vorlage: 079/2026
- 6 Finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen
Vorlage: 082/2026
- 7 Digitale Gremienarbeit - Bezuschussung
Vorlage: 072/2026
- 8 Stellenplan 2026 - Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 077/2026
- 9 Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen und über den Verlauf der Zinssteuerung
Vorlage: 123/2026
- 10 Änderung der Hauptsatzung bezüglich Anregungen und Beschwerden
Vorlage: 400/2025
- 11 Änderung der Gebührensatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Coesfeld
Vorlage: 101/2026
- 12 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und der offenen Ganztagsgrundschulen
Vorlage: 076/2026
- 13 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer Meldepflicht bei Wohnungsleerstand nach dem Wohnraumstärkungsgesetz
Vorlage: 109/2026
- 14 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer kommunalen Wohnungstauschbörse nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld
Vorlage: 127/2026
- 15 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld: Förderung und systematische Veröffentlichung von Open Data in der Stadt Coesfeld
Vorlage: 133/2026
- 16 Antrag der Fraktion Familie zur Einführung eines kommunalen Grundstücksmanagements in der Stadt Coesfeld
Vorlage: 147/2026
- 17 Erschließung Kita Bahnhofsallee
Vorlage: 358/2025/2

- 18 Kostenentwicklung Modernisierung Schulzentrum
Vorlage: 087/2026
- 19 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Abschluss des Erbbaurechtsvertrags zum Kapuzinerquartier mit der evangelischen Kirche
Vorlage: 140/2026
- 3 Übertragung der Projektentwicklung für das Kapuzinerquartier auf die SEG Coesfeld
Vorlage: 151/2026
- 4 Schulzentrum - Vertragsergänzung der Projektbeteiligten aufgrund Laufzeitverlängerung
Vorlage: 136/2026
- 5 Verkauf einer Gewerbefläche
Vorlage: 118/2026
- 6 Erwerb einer Grundstücksteilfläche
Vorlage: 129/2026
- 7 Grundstückstausch/-verkauf
Vorlage: 131/2026
- 8 Flächentausch im Flurbereinigungsverfahren Berkelaue III mit Geldausgleichszahlung
Vorlage: 089/2026
- 9 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird durch die Gremienmitglieder einstimmig beschlossen, dass Frau Marie Tebbel, für die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als Schriftführerin bestellt wird.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Herr Beigeordner Thies gibt Informationen zum Förderprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten:

„Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat zwischenzeitlich die Förderung von 314 Sportstätten mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ beschlossen.

Leider haben die vier von uns gestellten Anträge

- *Sanierung der Turnhallen im Schulzentrum*
- *3 x Umwandlung von Naturrasen- in Kunstrasenplätzen (je ein Platz bei der DJK, der SG und in Lette)*

keine Berücksichtigung gefunden. Im Kreis Coesfeld hat lediglich die Gemeinde Rosendahl eine Förderung für die Sanierung der Sporthalle erhalten.

Welche konkreten Vergabekriterien letztendlich ausschlaggebend für eine Zusage waren, ist nicht bekannt. Die Gemeinde Heek hat aus diesem Programm eine Förderung für einen Kunstrasenplatz in Nienborg bewilligt bekommen. Hier haben sich drei Vereine (SC Rot-Weiß Nienborg, SC Ahle und SV 1920 Heek) zusammengefunden und ein gemeinsames Nutzungskonzept erarbeitet. Ob wir mit einem solchen Antrag – der keine mehrheitliche Zustimmung der drei hiesigen Vereine gefunden hat – bessere Chancen auf eine Förderung gehabt hätten, ist natürlich spekulativ.“

Frau Kämmerin Mittmann gibt weitere Informationen zu haushaltsrelevanten Themen:

1. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank über eine Zahlungsverhaltensstudie

- Bargeld weiterhin meistgenutztes Zahlungsmittel
- Vertragsparteien steht frei, bestimmte Zahlungsmittel zu vereinbaren oder auszuschließen
- Wenn nur eine zentrale Stelle zur Bargeldzahlung angeboten wird, werden häufig alternative Zahlungsmethoden genutzt
- Immer mehr Dienstleistungen werden komplett digital angeboten – Bestellung und Bezahlung online
- Zahl der Anfragen aus den Fachbereichen auf alternative Zahlungsmethoden steigen, weil die Bürgerinnen und Bürger immer häufiger kein Bargeld mehr nutzen

2. FAQ des MHKBD zum NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036

- FAQ liegt seit Mitte April vor – 25 Seiten zur Erklärung des Gesetzes
- Knackpunkt weiterhin Thema „Doppelförderung“ – bisher weder auf Landes- noch auf Bundesebene gesetzlich geregelt

- Änderung notwendig, weil wir bei Großprojekten immer auch andere Fördermittel benötigen
- Digitales Verfahren zum Abruf der Mittel ist auch am 15.04. gestartet – Anmeldung bisher noch nicht erfolgt, aber demnächst testweise Anmeldung geplant

TOP 2	Umsetzung des Parkhauses Münsterstraße - Finanzierung Vorlage: 124/2026
-------	--

Herr Ron Keßeler von den Stadtwerken Coesfeld erläutert den Sachverhalt mit Hilfe einer zwei-seitigen Präsentation. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Jaske sagt, dass die CDU gern mit den Stadtwerken mitgehen werde. Er fragt Herrn Keßeler, warum die Parkgebühren in Borken günstiger ausfallen als in Coesfeld.

Herr Keßeler antwortet, dass die Parkgebühren in Borken 1,20€/Stunde betragen, die Stadt Borken jedoch dauerhaft eine Verlustübernahme einer 6-stelligen Summe tätige.

Herr Volmer erklärt, dass für die Fraktion Pro Coesfeld die Variante 2b (Beschlussvorschlag 2) am attraktivsten sei, da die Stadt Coesfeld dann Eigentümerin des Grundstücks bleibe. Es wäre aber auch denkbar dem Beschlussvorschlag 1, Variante 2a, zu folgen.

Herr Keßeler sagt, dass für die Stadtwerke Coesfeld die Variante 2a einfacher und praktikabler, die Variante 2b aber auch möglich wäre.

Herr Stallmeyer sagt, dass sich die SPD-Fraktion für den Beschlussvorschlag 1, Variante 2a, ausspreche.

Herr Prinz sagt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Beschlussvorschlag 2 ausspreche, um das Grundstück im städtischen Besitz zu halten.

Auch die FDP, so Herr Fabry würde sich für die Variante 2a aussprechen.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen die Variante 2 a– Bau durch die Stadtwerke Coesfeld GmbH umzusetzen. Die benötigten Grundstücke werden in die Gesellschaft eingelegt.
2. Es wird beschlossen die Variante 2 b– Bau durch die Stadtwerke Coesfeld GmbH umzusetzen. Das Eigentum an den Grundstücken verbleibt bei der Stadt. Die entsprechenden Verträge sind zu erstellen und die benötigten Haushaltsmittel einzuplanen.
3. Es wird beschlossen die Variante 1 – Bau durch die Stadt umzusetzen
4. Es wird beschlossen die Variante 3 – Bau durch die Stadt – Auftrag an SWC umzusetzen
5. Es wird beschlossen die Variante 4 – Bau durch die SEG umzusetzen

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	13	2	0
Beschlussvorschlag 2-4	Keine Abstimmung da obsolet		

TOP 3	Anregung nach § 24 GO NRW - Transparenz bei Beschlüssen in Rats- und Ausschusssitzungen Vorlage: 083/2026
-------	--

Herr Musholt erkundigt sich, wie die Verwaltung den Antrag bewerte; auch mit Blick auf den Mehraufwand für die Schriftführer:innen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg sagt, dass es aktuell noch einen Mehraufwand bedeute, da bei der Stadt Coesfeld noch kein technisches System bezüglich der Protokollierung genutzt werde.

Herr Volmer sagt, dass man hier eine Aufwand-Nutzen-Abwägung durchführen müsse. Die Fraktion Pro Coesfeld könne hier dem Antrag nicht folgen, auch wenn Transparenz natürlich sehr wichtig sei. Der Aufwand stünde aber hier nicht im passenden Verhältnis.

Herr Prinz entgegnet, dass Transparenz immer wichtig sei, wodurch der Mehrwert des Antrages unstrittig sei. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen würden es gern versuchen und dem Antrag mit dem Einräumen einer Probephase zustimmen.

Frau Schmitz erläutert, dass sich die SPD für Transparenz ausspreche, den Antrag aber erstmal ablehne, bis die Technik bei einer vereinfachten Protokollführung unterstützen könne.

Frau Albertz sagt, dass man bei der Wahrung von Transparenz keine Aufwands-Abwägung machen dürfe, sondern, dass Transparenz immer gewährleistet werden müsse. Sie unterstützt den Vorschlag von Herrn Prinz. Alternativ schlägt sie vor, dass die Verwaltung einmal die technischen Möglichkeiten aufzeige, die es aktuell für eine vereinfachte Schriftführung gebe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg antwortet, dass sie hierzu gern im nächsten Haupt- und Finanzausschuss etwas erläutern könne.

Herr Tranel sagt, dass die CDU dem Antrag und auch einem Prüfauftrag oder Ähnlichem nicht zustimmen könne.

Frau Albertz stellt den Antrag über folgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:

Die Verwaltung möge prüfen, in welcher Form eine digitale Erfassung des Abstimmungsverhaltens (fraktionsscharf) technisch umsetzbar ist.

Beschlussvorschlag aus der Anregung (geändert während der Sitzung):

Die Verwaltung wird beauftragt, bei öffentlichen Abstimmungen im Rat sowie in den Ausschüssen künftig das Abstimmungsverhalten getrennt nach Fraktionen zu erfassen und im Ratsinformationssystem zu veröffentlichen.

Die Darstellung soll mindestens folgende Angaben enthalten:

- jeweilige Fraktion
- Anzahl der Ja-Stimmen
- Anzahl der Nein-Stimmen
- Anzahl der Enthaltungen
- Anzahl der abwesenden Mitglieder
- ggf. gesonderte Ausweisung fraktionsloser Ratsmitglieder

Die Dauer der Probephase soll 6 Monate betragen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (während der Sitzung):

Die Verwaltung möge prüfen, in welcher Form eine digitale Erfassung des Abstimmungsverhaltens (fraktionsscharf) technisch umsetzbar ist.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (während der Sitzung)	15	0	0
Beschlussvorschlag aus der Anregung (geändert während der Sitzung)	2	13	0

TOP 4	Anregung gem. § 24 GO NRW auf Benennung einer Straße nach Wilhelmine Süßkind Vorlage: 117/2026
-------	---

Beschlussvorschlag (aus dem Antrag):

Es wird beschlossen, zum Beispiel im geplanten Kapuzinerquartier oder einem anderen zukünftigen Wohngebiet, eine Straße nach Wilhelmine Süßkind (1905-1995) zu benennen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 5	Antrag nach §24 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit §6 der Hauptsatzung: Neuausrichtung der Parkraumbewirtschaftung in der Coesfelder Innenstadt Vorlage: 079/2026
-------	--

Herr Tranel teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich für einen Verweis in den Fachausschuss ausspricht.

Herr Stallmeyer stimmt dem für die SPD-Fraktion zu.

Herr Volmer merkt an, dass der Antrag hier komplett die finanziellen Aspekte vernachlässige und man die Diskussion im Fachausschuss intensivieren müsse.

Herr Prinz teilt mit, dass sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gegen den Antrag aussprechen. Das Thema sei hinreichend behandelt worden. Zudem würden einige Aussagen aus dem Antrag nicht stimmen (bspw. keine kostenlosen Parkplätze).

Frau Albertz ergänzt, dass der Antrag das Mobilitätskonzept konterkarriere.

Frau Kullik spricht sich für die Familien-Fraktion für den Antrag aus.

Beschlussvorschlag der Antragsteller:

Es wird Folgendes beschlossen:

1. Anpassung der Bewirtschaftungszeiten mit bewirtschaftungsfreier Mittagsphase
2. Einführung eines gezielten gebührenfreien Parkzeitraums
3. Absenkung der Parkgebühren auf 0,90 € pro Stunde

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag des BürgerDialog Coesfeld e.V. zur Neuausrichtung der Parkraumbewirtschaftung in der Coesfelder Innenstadt wird abgelehnt.

Alternativer Beschlussvorschlag (in der Sitzung ergänzt):

Es wird beschlossen, das Thema zur inhaltlichen Beratung in den Fachausschuss für Planen und Bauen *und den Haupt- und Finanzausschuss* zu verweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag (ergänzt)	13	2	0
Beschlussvorschlag des Antragsstellers	Keine Abstimmung		
Alt. Beschlussvorschlag der Verwaltung	Keine Abstimmung		

TOP 6	Finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen Vorlage: 082/2026
-------	---

Beschlussvorschlag:

Die finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen Coesfeld und Lette soll wie folgt neu geregelt werden:

Ab dem Haushaltsjahr 2026 erhalten die Flüchtlingsinitiativen einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 16.360,-- Euro. Dieser Betrag soll im Verhältnis der Anzahl der in den Flüchtlingseinrichtungen zum Stichtag 01.03. untergebrachten Geflüchteten in Coesfeld und Lette zwischen der FI Coesfeld und der FI Lette aufgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 7	Digitale Gremienarbeit - Bezuschussung Vorlage: 072/2026
-------	---

Herr Jaske schlägt im Namen der CDU-Fraktion folgende Beträge vor: 400,00 € für Ratsmitglieder und 200,00 € für alle sachkundigen Bürger:innen.

Herr Volmer schlägt im Namen der Fraktion Pro Coesfeld folgende Beträge vor: 300,00 € für Ratsmitglieder und 100,00 € für die jeweils erstgenannten sachkundigen Bürger:innen (ordentliche Mitglieder in einem Gremium).

Herr Prinz schlägt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen folgende Beträge vor: 300,00 € für die Ratsmitglieder und 300,00 € für die sachkundigen Bürger:innen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg stellt klar, dass die Anzahl der Sachkundigen Bürger:innen, die Anzahl der Ratsmitglieder deutlich übersteige und deshalb festgelegt werden müsse, welche sachkundigen Bürger:innen hier berücksichtigt werden sollten.

Herr Volmer bittet zudem darum, dass allen digital arbeitenden Ratsmitgliedern auch die monatlichen Abrechnungen digital zur Verfügung gestellt werden.

Beschlussvorschlag (ergänzt in der Sitzung durch Vorschlag der CDU-Fraktion):

Es wird beschlossen, den Ratsmitgliedern, die an der papierlosen, digitalen Gremienarbeit teilnehmen, auf Antrag für die Anschaffung und den Betrieb eines privaten Endgerätes einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 400,00 € zu zahlen.

Zusätzlich sollen die Sachkundigen Bürger:innen einen Zuschuss i.H.v. 200,00 € erhalten.

Alternativ kann den Ratsmitgliedern ein durch die Stadt Coesfeld konfiguriertes und verwaltetes Endgerät zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (ergänzt in der Sitzung durch Vorschlag der CDU-Fraktion)	9	2	4

TOP 8	Stellenplan 2026 - Aufhebung eines Sperrvermerks Vorlage: 077/2026
-------	---

Herr Beigeordneter Thies erläutert zum Thema „Sperrvermerk“, dass Ende März Ergebnisse des Kreises zu vorhandenen und notwendigen Angebots- und Beratungsstrukturen vorliegen sollten. Diese liegen noch nicht vor. Kurzfristig wird nicht mit den Ergebnissen gerechnet. Im Rahmen des vom Kreis zu erstellenden Konzeptes, würde es jedoch keine Aussagen zur Ausgestaltung der Aufgaben der Kommunen hinsichtlich der Organisation und den Umfang der Betreuung in städtischen Unterkünften geben. Diese Aufgabe bleibe, so Thies, weiterhin bei den Kommunen.

Wie in der Vorlage dargestellt, gebe es ab dem 01.10. keine Betreuung mehr und die Stadt Coesfeld müsse europaweit ausschreiben, sofern die Betreuung weiterhin extern vergeben werden soll und der Sperrvermerk nicht aufgehoben wird. Aktuell, so erläutert Herr Beigeordneter Thies, gebe es zwar eine geringe Zahl an Neuzuweisungen; da dies aber ein wellenartiger Prozess sei, könne man hier keine verlässliche Prognose für die Zukunft geben. Aktuell befinden sich 730 Personen in städtischen Unterkünften, die von der Stadt betreut werden.

Beschlussvorschlag:

Der im Stellenplan eingerichtete Sperrvermerk für 3,0 Stellen mit der Entgeltgruppe S 12 TVöD wird aufgehoben. Das Stellenbesetzungsverfahren soll kurzfristig erfolgen, sodass die Stellen möglichst zum 01.10.2026 besetzt werden können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	8	7	0

TOP 9	Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen und über den Verlauf der Zinssteuerung Vorlage: 123/2026
TOP 10	Änderung der Hauptsatzung bezüglich Anregungen und Beschwerden Vorlage: 400/2025

Beschlussvorschlag:

Die dieser Vorlage beigefügte 4. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 11	Änderung der Gebührensatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Coesfeld Vorlage: 101/2026
--------	--

Herr Prinz bittet darum, dass der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt wird, dass ggfs. eine jährliche Anpassung möglich sei.

Beschlussvorschlag (geändert während der Sitzung):

Die beigefügte Änderung der Anlage zur Gebührensatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Coesfeld wird beschlossen und jährlich neu zur Haushaltsberatung diskutiert.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 12	3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege
--------	--

und der offenen Ganztagsgrundschulen
Vorlage: 076/2026

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte dritte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, offenen Ganztagsgrundschulen und sonstigen schulischen Betreuungsangeboten auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld vom 22.01.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 13 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer Meldepflicht bei Wohnungsleerstand nach dem Wohnraumstärkungsgesetz
Vorlage: 109/2026

Herr de Beyer bittet darum, den Antrag in die entsprechenden Fachausschüsse zur Beratung zu verweisen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Volt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Wohnraumstärkungsgesetzes (WohnStG) NRW eine Satzung zur Vermeidung von Zweckentfremdung von Wohnraum zu erarbeiten.
2. In dieser Satzung ist eine verbindliche Anzeigepflicht für Leerstand festzuschreiben: Eigentümer von Wohnraum sind zu verpflichten, Leerstände, die eine Dauer von vier Monaten überschreiten, unaufgefordert der Stadtverwaltung (Wohnungsaufsicht) zu melden.

Alternativer Beschlussvorschlag (während der Sitzung):

Es wird beschlossen, den Antrag zur inhaltlichen Beratung an die Fachausschüsse Familie, Senioren und Soziales, Planen und Bauen, Haupt- und Finanzausschuss und zur Entscheidung an den Rat zu verweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag	15	0	0
Beschlussvorschlag der Fraktion Volt	Keine Abstimmung		

TOP 14 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer kommunalen Wohnungstauschbörse nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld
Vorlage: 127/2026

Beschlussvorschlag der Fraktion Volt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine kommunale Wohnungstauschbörse zu entwickeln und zeitnah umzusetzen. Die Plattform soll als Vermittlungsstelle dienen, um insbesondere Senior:innen, die sich räumlich verkleinern möchten, mit Familien zusammenzubringen, die größeren Wohnraum benötigen. Desweiteren könnte auch die SEG einbezogen werden, wenn es z.B. um den Bau altengerechter Wohnungen oder Mehrgenerationenhäuser in einem bestimmten Quartier geht, falls Senioren weiterhin in ihrem gewohnten Umfeld leben möchten und im Gegenzug ihr Haus abgeben möchten. Hier lassen sich auch Projektideen entwickeln, die auf den zukünftigen demographischen Wandel, von dem auch Coesfeld stark betroffen ist, reagieren.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Angelegenheit wird zur Vorberatung an den zuständigen Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales verwiesen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung	15	0	0
Beschlussvorschlag der Fraktion Volt	Keine Abstimmung		

TOP 15 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld: Förderung und systematische Veröffentlichung von Open Data in der Stadt Coesfeld
Vorlage: 133/2026

Herr Volmer erläutert den Antrag der Fraktion.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erklärt, dass die Verwaltung bereits an der Entwicklung einiger Teilbereiche arbeite. Um alle Bereiche aus dem Antrag abzudecken, so müsse Personal aufgestockt werden, was in dem laufenden Haushaltsjahr nicht möglich sei.

Herr Volmer zieht den Antrag für die Fraktion Pro Coesfeld zurück und erklärt, dass die Fraktion diesen zu geeigneter Zeit wieder einbringen werde.

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt:

1. Die Stadt Coesfeld veröffentlicht künftig Daten von allgemeinem öffentlichem Interesse systematisch als Open Data.

2. Insbesondere werden
 - das Ratsinformationssystem über die standardisierte OParl-Schnittstelle (vgl. oparl.org) öffentlich zugänglich gemacht,
 - sowie die Parkraumerfassungs- und Parkhausdaten (Belegung, Kapazitäten, Standorte) in offenen, maschinenlesbaren Formaten bereitgestellt.
3. Die Verwaltung überprüft halbjährlich, welche weiteren Datensätze – orientiert am Musterdatenkatalog der Bertelsmann Stiftung – für eine Veröffentlichung als Open Data geeignet sind. Dabei werden insbesondere folgende Bereiche berücksichtigt: Bebauungspläne, Geodaten, Umwelt- und Klimadaten, Standorte öffentlicher Einrichtungen sowie Haushalts- und Finanzdaten. Ausdrücklich ausgenommen sind Daten von behördlich festgestellter KRITIS-Infrastruktur.
4. Alle bestehenden und neuen Daten werden neben der städtischen Veröffentlichung zusätzlich zentral über die Landesplattform Open.NRW bereitgestellt.
5. Die Verwaltung erarbeitet bis spätestens Ende des 3. Quartals 2026 ein Umsetzungskonzept, das folgende Punkte umfasst:
 - Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung,
 - technische Umsetzung (Schnittstellen, Datenformate, Update-Rhythmen),
 - Ressourcenplanung (Personal, Sachmittel, ggf. externe Unterstützung),
 - rechtliche Rahmenbedingungen (Datenschutz, Lizenzierung, Urheberrechte),
 - Verfahren zur Priorisierung weiterer Datensätze.
6. Über den Stand der Umsetzung wird der Rat jährlich informiert.

TOP 16	Antrag der Fraktion Familie zur Einführung eines kommunalen Grundstücksmanagements in der Stadt Coesfeld Vorlage: 147/2026
--------	---

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erklärt, dass die Stadt Coesfeld bereits über ein Grundstücksmanagement verfüge, weshalb sie die Intention des Antrages nicht ganz erkennen könne.

Frau Kullik erklärt, dass die Fraktion die Coesfelder Familien mehr unterstützen möchte und deshalb das Thema „Erbpacht“ mehr einbringen wollen würde.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erklärt, dass generell der Wunsch, auch seitens der Politik, bestehe, dass weniger städtische Grundstücke veräußert würden, wodurch das Thema „Erbpacht“ sowieso präsenter sei. Wenn städtische Flächen veräußert würden, so Frau Diekmann-Cloppenburg, würde dies ohnehin immer auch in der Politik behandelt.

Herr Stallmeyer teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen würde aufgrund der Tatsache, dass ein Grundstücksmanagement bereits existiere.

Frau Albertz entgegnet, dass in dem Antrag viel Wahres drinstünde. Sie würde es jedoch auch so sehen, dass die Stadt bereits ihre Möglichkeiten ausschöpfe und dass der Ball hier bei den Grundstücks- und Immobilienbesitzern liege. Sie appelliert an diesen Personenkreis, nicht immer möglichst hohen Profit aus einer Vermarktung ziehen zu wollen, sondern hier die Familien im Blick zu haben. Die Notwendigkeit, etwas zu tun, so Frau Albertz, liege vor; jedoch liege die Aufgabe hier momentan nicht bei der Stadt.

Herr Bücking sagt, dass das städtische Grundstücksmanagement wieder mehr gestärkt werden müsse. Man müsse auch bei neuen Baugebieten wieder mehr den Hut aufhaben und nicht alles in die Hände von Investoren geben. Der Antrag, so Herr Bücking, gehe in die richtige Richtung, jedoch gehe es hier vornehmlich um die Stärkung des Grundstücksmanagements.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erklärt, dass sich die Stadt hier bereits auf den Weg gemacht habe und der neue Regionalplan hierbei helfe. Er merkt allerdings an, dass, um dem Wunsch gerecht zu werden, dass jeder Grundstücksverkauf über das Grundstücksmanagement laufen solle, die Bearbeitungszeit sehr lang ausfallen könnte, da das bestehende Personal nicht ausreiche.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg ergänzt, dass, wenn es um die Stärkung gehe, doch bitte ein entsprechender Antrag zum Stellenplan 2027 gestellt werde.

Herr Tranel fragt, ob die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen nicht einmal die aktuellen Entwicklungen im Grundstücksmanagement darstellen könne, mit Fokus darauf, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Familien vor Ort zu stärken.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg bejaht dies und bringt einen neuen Beschlussvorschlag ein, über den abgestimmt wird.

Beschlussvorschläge aus dem Antrag der Fraktion Familie:

Beschlussvorschlag 1:

Die Stadtverwaltung prüft, in wie weit das kommunale Grundstücksmanagement wieder zentralisiert in der Verwaltung verankert werden kann.

Beschlussvorschlag 2:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im kommunalen Grundstücksmanagement die Option „Erbpacht“ mit einzubinden, hierzu wird die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Fraktionen im Rat der Stadt Coesfeld ein Kriterienkatalog erstellen.

Beschlussvorschlag 3:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, dass das kommunale Grundstücksmanagement in der Stadtverwaltung etabliert wird und alle zukünftigen Grundstücksan- und verkäufe, sowie neu ausgewiesene Wohngebiete über dieses Grundstücksmanagement verfahren.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung (während der Sitzung):

Die Verwaltung wird den aktuellen Stand bezüglich der Tätigkeiten des Grundstücksmanagements der Stadt Coesfeld in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses im nicht-öffentlichen Teil geben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung (während der Sitzung)	15	0	0

TOP 17 Erschließung Kita Bahnhofsallee
Vorlage: 358/2025/2

Herr I. Beigeordneter Hänsel erläutert, dass die Rechtsanwältin keine andere Möglichkeit sehe, als hier die 90/10 - Regelung bezüglich der Kostenverteilung anzuwenden.

Herr Weiling teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde, sodass man wieder auf den ursprünglichen Beschluss zurückgehe. Es gehe der Fraktion hier nicht um die Höhe der Gesamtkosten, sondern darum, dass der Input, den die Rechtsanwältin zur Erstellung der Gutachten bekommen habe, für die Fraktion nicht ausreiche.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erklärt, dass der Verwaltung bewusst sei, dass es auf der Straße an bestimmten Zeiten im Jahr zu einem höheren Verkehrsaufkommen durch die Landwirtschaft käme. Sie verweist noch einmal darauf, dass es hier kein besonderes öffentliches Interesse gebe, welches eine andere Verteilung als 90/10 rechtfertige.

Herr Prinz sagt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen der Verwaltung zustimmen und dem Beschlussvorschlag folgen werde.

Herr Tranel sagt, dass sich die CDU-Fraktion eine Bewegung der Verteilung vorstellen könne und dafür bedürfe es einer Satzung, welche gemeinsam von der Politik ausgestaltet werden müsse.

Herr Stallmeyer sagt, dass die SPD-Fraktion der Ansicht sei, dass dadurch hier ein Präzedenzfall geschaffen würde, dessen Auswirkungen ggfs. nicht mehr einzufangen seien.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, den Beschluss vom 18.12.2025 gemäß Vorlage 358/2025/1 wie folgt zu ändern:

Es wird beschlossen, die Bahnhofsallee im gesamten bislang nicht endausgebauten Abschnitt auszubauen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	3	7	5

TOP 18 Kostenentwicklung Modernisierung Schulzentrum
Vorlage: 087/2026

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes übergibt Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg die Sitzungsleitung an den zweiten stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Prinz. Frau Diekmann-Cloppenburg verlässt den Saal und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr I. Beigeordneter Hänsel teilt mit, dass es einen zusätzlichen Kostenfaktor gebe, der in der Vorlage noch nicht aufgeführt sei: Im Bauteil 2 wurde ein Feuchteschaden festgestellt. Hier müssen umfangreiche Betonsanierungen stattfinden. Die Kosten hierfür könnten hier noch nicht abgeschätzt werden und seien in den Kosten, die in der Vorlage dargestellt seien, auch noch nicht inkludiert, sondern kämen noch oben drauf. Zudem, so Herr Hänsel, komme es dadurch noch zu einer weiteren zeitlichen Verschiebung.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt eine Budgeterweiterung gemäß der Kostensplittung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 19 Anfragen

Es liegen keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung an.

Nach Ende des Tagesordnungspunktes übernimmt Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg wieder die Sitzungsleitung.

Gez. Eliza Diekmann-Cloppenburg
Bürgermeisterin
18,19)

gez. Erich Prinz
2. Stellv. Ausschussvorsitzender (für TOP Ö

gez. Marie Tebbel

Schriftführerin